Nummer 128 Halle, Montag, den 4. Juni 1923 58. Jahrgang
Einzelpreis: 250,00 Mark

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ✦ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Paul Theuring
Rohprodukten-Gesellschaft m. b. H.
Treffstraße 24, sowie die bekannten Filialen kaufen und zahlen ständig Tagespreis für alle Rohprodukte.

Erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Die Bezugs-Gebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land 5150.00 Mark, durch die Post frei ins Haus zugestellt 5150.00 Mark, in unseren Ausgabestellen abgeholt 5000.00 Mark monatlich. Die zehngespaltene Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Ortsverkehr 200.00 Mark, im auswärtigen Verkehr 250.00 Mark. Reklamen die Millimeter-Zeile 800.00 Mark im Ortsverkehr und 1000.00 Mark im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Zehn Uhr vormittags.

Verlagshaus: Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Die Zentrale verbindet mit allen Abteilungen. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Drahtanschrift: „Saalezeitung Halleſaale". Bank-Rechnung. Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig 22815. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugskündigungen sind stets nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig.

Baldwins Bekenntnis zur Aktivität.

Eine neue Lügenrede Poincares ✓ Die Erfolge französischer Fahrkunst: 62 Eisenbahnunfälle ✓ Scharfe Maßnahmen gegen die Devisen- und Notenspekulation Verständigung mit den Banken ✓ Nachgeben des Dollars ✓ Neue Beamtengehälter.

Gute Vorsätze.

„Der Geist der englisch-amerikanischen Schuldenregelung."

(Eigene Drahtmeldung.)

Paris, 4. Juni.

Philipp Millet wurde gestern von Baldwin empfangen. Bei dieser Gelegenheit ermächtigte ihn der englische Premierminister zu nachstehenden und im „Petit Parisien" veröffentlichten Erklärungen: Wie Sie alle begreifen werden können, kann ich nicht jetzt schon die genauen Lösungen angeben, die nach meiner Auffassung für die Probleme gefunden werden können, über die Ihr Land und das meinige zu einer Verständigung gelangen müssen. Ich hoffe, recht bald Gelegenheit zu bekommen, mich über diesen Gegenstand mit den französischen Kollegen zu besprechen. Jedoch möchte ich nichtsdestoweniger die Aufmerksamkeit auf folgende Punkte lenken: Zunächst habe ich das sichere Empfinden, daß, so schwierig das Reparationsproblem sein mag, oder irgendeines der an die Ruhrbesetzung geknüpften Probleme, doch keines besteht, zwischen denen England und Frankreich nicht einen gemeinsamen Weg finden und einander ihre gegenseitige Politik anpassen können. Es ist mir lieb, daß das französische Publikum weiß, wie sehr wir auch hier die Tragweite des Sicherungsproblems für Frankreich und Belgien empfinden und daß wir den lebhaften Wunsch haben, an den Vorbereitungen eines Abkommens mitzuarbeiten, wodurch für die Zukunft die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens gewährleistet wird. Persönlich möchte ich glauben, daß nur sehr wenige Lösungen unmöglich sind, wenn man sich über die Schwierigkeiten klar Rechenschaft gibt und den Willen hat, sie zu überwinden. Ich hatte letzten Winter das Glück, die heikle Frage der englischen Schulden an Amerika zu regeln. Wenn wir, von demselben Geiste erfüllt, die gegenwärtig in der Schwebe befindlichen europäischen Fragen in Angriff nahmen, sehe ich nicht ein, warum wir nicht auch sie regeln könnten. Auf jeden Fall können Sie damit rechnen, daß ich für meinen Teil entschlossen daran arbeiten werde. Vielleicht werden wir zu Anfang einen teilweisen Mißerfolg erleben, doch habe ich die Gewißheit, daß letzten Endes der Erfolg unsere Bemühungen krönen wird.

Die Ausführungen Baldwins sind, wie man von einem vorsichtigen Staatsmann angesichts der gegenwärtigen Situation nicht anders erwarten kann, wenig konkret gehalten und kommen über allgemeine Redewendungen nicht hinaus. Dennoch zeigen sie, daß Baldwin dem Problem anders gegenübersteht als Bonar Law. Er ist gewillt, an der Lösung mitzuarbeiten und nicht nur als wohlwollender Zuschauer seitab zu stehen. Ein anfänglicher Mißerfolg, so geht aus seinen Worten hervor, wird ihn nicht schrecken. Er hält die Ueberzeugung fest, daß Konsequenz seine Bemühungen zum Ziel führen wird. Mag hinter den Worten weniger stecken als sie sagen, jedenfalls sind sie ein offenes Bekenntnis zur Aktivität.

*

Von parlamentarischer Seite wird uns über Baldwins Aktivität geschrieben: England scheint Lust zu haben, aus seinem bisherigen Schmollwinkel, wenn man es so nennen will und darf, wieder hervorzutreten und in der Reparationsfrage, die Frankreich und Belgien sich mit Waffengewalt zur ausschließlich eigenen Domäne gemacht hatten, wieder eine Rolle mitzuspielen. Auf jeden Fall liegt etwas in der Luft, denn der „Temps" berichtet von einer Zusammenkunft zwischen dem französischen und englischen Ministerpräsidenten, die nach den französisch-belgischen Verhandlungen in Paris aller Wahrscheinlichkeit nach stattfinden soll. Der englische Ministerpräsident würde es sehr begrüßen, mit Poincaré persönlich über die Reparationsfrage zu sprechen. Bestimmte Abmachungen seien allerdings bisher noch nicht getroffen. Der Mißerfolg der letzten französisch-englischen Besprechungen im Januar und die schwierige Lage, die sich dabei für die Regierung Bonar Law ergeben habe, hätte es dem neuen Premier ratsam erscheinen lassen, sich im voraus zu vergewissern, ob seine Reise positive Ergebnisse zeitigen werde. Baldwin sei geneigt, nach Paris zu gehen, wenn er einige Gewißheit darüber besitzen würde, daß eine allgemeine Regelung der Reparations- und Schuldenfrage in absehbarer Zeit möglich sei. Ein sehr wesentlicher Faktor sei gleichzeitig natürlich die neue deutsche Antwortnote, von der es abhänge, ob derartige Hoffnungen sich rechtfertigen lassen oder nicht. Deutschen Vorschläge würden natürlich den Hauptgegenstand der geplanten Besprechung der beiden Ministerpräsidenten bilden.

Die Beweggründe Baldwins, die ihn zu einer gewissen Aktivität aus der allseitig unfruchtbaren Passivität veranlaßt haben, sind natürlich mit den von dem französischen Blatte angeführten nicht erschöpft. Es ist nicht nur politische Initiative, die England unweigerlich wieder in den Strom der großen Frage treiben muß, sondern vor allem, und das verschweigt der „Temps" aus strategischen Gründen, wirtschaftliche Bedrängnisse und Bedürfnisse, die von der englischen Politik sofortige Tat in irgendeinem Sinne erheischen. Bedürfnisse, die wahrlich dringend genug sein müssen, wie es in der Tatsache zum Ausdruck kommt, daß die englischen Handelskammern als die berufenen Kontrollinstanzen des wirtschaftlichen Gewebes nicht nur ein eigenes neues Reparationsprogramm aufgestellt haben, in dem sie unverändert die bisherigen deutschen Forderungen wieder aufgestellt sind (Moratorium und Anleihe), sondern auch für die allernächste Zeit schon eine Konferenz einberufen haben, die sich ausschließlich mit der die europäische Gesamtwirtschaft so negativ beherrschenden Reparationsfrage beschäftigen soll. Die wirtschaftlichen Beeinträchtigungen, die das sinnlose Ruhrabenteuer in England verursacht hat, müssen den führenden englischen Kreisen schon unter den Nägeln brennen, wenn sie jetzt so plötzlich von sich aus auf eine vernünftige Lösung des Problems zu drängen beginnen. Baldwin, sicherlich mehr Finanztalent als sein Vorgänger Bonar Law, hat in diesen Vorgängen bereits Zeichen der Zeit erkannt, Signale, die auch die englische Regierung zu baldigen Entschlüssen aufrufen. Einem unternehmungslustigen Geiste wie Baldwin muß es doch wohl unerträglich erscheinen, in der Stagnation der bisher geübten „Neutralität" verkommen zu sollen.

Daher wohl in erster Linie der Wille, selbst wieder mit in die Speichen zu greifen. Zu diesen wirtschaftlichen kommen ohne Frage auch noch Gründe moralischer Natur; denn das Bündnis mit Genossen, die sich durch ihre Tätigkeit an der Ruhr im Ansehen der Welt immer tiefer herabsetzen, ohne daß England irgendeinen sichtbaren Schritt tut, sie davon abzuhalten, ist wahrlich nicht geeignet, das eigene Ansehen zu erhalten, geschweige denn zu heben. Ob Baldwin allerdings der Mann sein wird, konsequent zu bleiben und nicht im entscheidenden Momente umzufallen wie Lloyd George in der oberschlesischen Entscheidung und die Regierung Bonar Law gegenüber dem letzten durch Curzon veranlaßten deutschen Angebot, — das ist eine Frage, die auf einem anderen Blatte steht. Vielleicht werden die allernächsten Tage nach dem Abgehen des neuen deutschen Angebotes dieses Blatt schon unseren Augen umwenden!

*

Graf Harry Keßler in London?

Die Brüsseler Besprechung.

(Eigene Drahtmeldung.)

Paris, 3. Juni.

Aus London wird gemeldet: Man erwartet hier die Ankunft des Grafen Harry Keßler, der mit einer offiziösen deutschen Aufgabe betraut sein soll. Graf Keßler soll ein persönlicher Freund des Reichskanzlers Dr. Cuno sein.

Berlin, 4. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Heute vormittag fanden beim Reichskanzler Besprechungen der Minister statt, die der Fertigstellung des Textes der deutschen Antwortnote galten.

*

Paris, 4. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die Brüsseler Besprechungen werden an die belgische Denkschrift anknüpfen, die am Quai d'Orsay seit einigen Tagen studiert wird. Es handelt sich darum, einen „Verwaltungsrat" für die wirtschaftliche Ausbeutung des Ruhrgebietes zu schaffen, außerdem ein Mindestprogramm auszuarbeiten, das den zu erwartenden neuen deutschen Vorschlägen unverzüglich entgegengehalten werden kann. Die Besprechungen zwischen Poincaré und den belgischen Ministern Theunis und Jaspar werden am kommenden Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, beginnen. Poincaré wird von dem Finanzminister Delasterrie und dem Arbeitsminister Le Trocquer begleitet sein. Außerdem werden sich General Degoutte und der Vorsitzende der Interalliierten Rheinlandkommission, Tirard, in Brüssel einfinden. Man nimmt an, daß die französischen Minister am nächsten Tage wieder nach Paris zurückreisen werden.

Die Wahrheit auf dem Marsche.

(Eigene Drahtmeldung.)

Neuyork, 3. Juni.

Ein großer Teil der amerikanischen Presse enthält zum ersten Male die von dem Michuno-Syndikat gelieferte Schilderung der von den Franzosen verübten Schändlichkeiten im Rheinlande.

Regierungsmaßnahmen gegen den Marksturz

Unterbindung der Devisenspekulation.

Berlin, 4. Juni. (Eig. Drahtmeldung.) Im Reichsfinanzministerium hat gestern eine Sitzung mit Vertretern der Berliner Bankwelt und der Reichsbank stattgefunden, um über Mittel und Wege zu beraten, die der katastrophalen Markentwertung Einhalt gebieten könnten. Die Sitzung, an der in erster Reihe Vertreter der Berliner Stempelvereinigung teilgenommen haben, hat bisher ein greifbares Ergebnis zwar nicht gezeitigt, vielmehr sollen die Beratungen weiter fortgesetzt werden. Es scheint aber, daß man dem mehrfach erhobenen Verlangen, den freien Devisenhandel ganz zu verbieten, jetzt nähertreten will. In Verbindung mit dieser Maßnahme, die nicht ausreichen kann, wird nach anderen Mitteln gesucht, um vor allem die Devisenspekulation zu unterbinden. Bei den Beratungen dürfte auch die Frage einer schärferen Durchführung der Bestimmungen der neuen Devisenordnung eine große Rolle gespielt haben.

*

Berlin, 4. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Angesichts der katastrophalen Markentwertung sind laut „B. Z." die Bankvertreter durchaus bereit, die Regierung bei irgendwelchen Maßnahmen, die einen polizeilichen Charakter tragen, zu unterstützen. Es erscheint deshalb nach Ansicht von Sachverständigen sehr wohl möglich, daß man den nichtamtlichen Devisen- und Notenhandel möglichst mit sofortiger Wirkung verbieten wird. Daneben dürfte eine scharfe Ueberwachung des ganzen Devisenhandels mit Zustimmung der beteiligten Kreise angeordnet werden. Man glaubt dagegen, daß eine Stützungsaktion nicht mehr eingeleitet wird.

Heutiger Stand des Dollars 76009!

Anbiederung an Amerika.

Poincarés neueste Lügenrede.

(Eigene Drahtmeldung.)

Paris, 4. Juni.

Bei der Einweihung des Denkmals zu Ehren der französisch-amerikanischen Freundschaft in Chaumont hielten sowohl Millerand wie Poincaré und der amerikanische Botschafter in Paris Herrick Ansprachen. Herrick verlas zuerst ein Telegramm Hardings mit folgendem Inhalt: Ich habe mit großem Vergnügen den Botschafter Herrick ersucht, mit als Vertreter meiner Regierung an der Einweihung des Denkmals auf dem Boden teilzunehmen, auf dem die Söhne der Vereinigten Staaten mit den heldenhaften Söhnen Frankreichs gekämpft und die letzten Anstrengungen für die Sache der Freiheit (!) unternommen haben. Möge diese Freundschaft andauern und möge der Wohlstand immer das wiederbelebte Frankreich begleiten! — Darauf hielt der Botschafter eine Ansprache, worin er der französisch-amerikanischen Bundesbrüderschaft während des Krieges gedachte, aber keinerlei oder nur ganz wenig Anspielungen auf die gegenwärtige Lage machte. Nun ergriff Poincaré das Wort, um die Taten der amerikanischen Armee zu verherrlichen. Er erinnerte daran, daß der Versailler Vertrag in der gleichen Stadt unterzeichnet worden sei, in der im Jahre 1783 die Souveränität des jungen Amerika proklamiert wurde. Nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages habe Wilson erklärt, daß Amerika niemals den Händedruck mit Frankreich vergessen wolle. Der Händedruck habe sich allerdings nicht gelockert, aber zum großen Bedauern Frankreichs habe die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern sich gelockert. Nachdem es sein Schwert in die Waagschale Europas geworfen habe, hätte Amerika es nicht für nötig erachtet, sich länger an der bewegten Politik der Alten Welt zu beteiligen. In dieser Isolierung aber stehe es den Bestrebungen Frankreichs, das von der deutschen Gefahr (!) am direktesten bedroht sei, nicht gleichgültig gegenüber. Amerika habe sich nicht durch die erbitterte deutsche Propaganda in den Vereinigten Staaten beeinflussen lassen. Es glaube nicht, daß die elsaß-lothringische Frage noch offen sei. Es glaube ebensowenig daran, daß Frankreich an der Ruhr Eroberungspläne verfolge. Mit seinem bewunderungswürdigen praktischen Sinne hätte Amerika sich gesagt, daß Frankreich recht habe, in erster Linie bei der Durchführung des Versailler Vertrages auf sich selbst zu zählen. Dazu gebe ihm Amerika das beste Beispiel, das trotz seiner lebhaften Menschenliebe in der Verteidigung seiner wesentlichsten Interessen nur sich selbst gefolgt sei. Amerika würde es nicht verstehen, daß Frankreich, das die erhoffte Unterstützung gefunden habe, zögern würde, im Rahmen des Friedensvertrages die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um Deutschland zu zwingen, seine eingegangenen Verpflichtungen zu halten, und es würde auch nicht verstehen, wenn Frankreich die zerstörten Gebiete in Not lassen würde. Die 50 000 Söhne Amerikas seien auf den Schlachtfeldern nicht gefallen, um eine solche Verhöhnung der Gerechtigkeit zu gestatten. Viele amerikanische Mütter und Frauen hätten nicht den Trost gehabt, an den Gräbern zu weilen aber sie wüßten, daß ihre Lieben an der Seite der französischen Kameraden ruhen, und sie wollten nicht, daß in diesem Lande, das sie so heldenhaft verteidigt hatten, ihr Schlaf eines Tages durch eine neue Invasion zerstört werden könnte.

*

Poincaré erweist sich auch hier wieder als der politische Taschenspieler, der er von jeher war. Er weiß genau, daß man in Amerika mit dem eigenmächtigen brutalen Vorgehen Frankreichs, wie es im Ruhreinbruch zum Ausdruck kommt, keineswegs einverstanden ist. Aber er lügt in die Amerikaner hinein, daß gerade sie der Ansicht seien, Frankreich müsse in erster Linie selbst die Durchführung des Versailler Vertrages in die Hand nehmen! Ja, er stellt es so hin, als ob Amerika es gar nicht verstehen würde, wenn Frankreich nicht mit Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland vorginge. Höher kann man die Unverschämtheit im Schwindeln nicht treiben. Die Amerikaner werden einigermaßen erstaunt sein, wenn sie lesen, wie Poincaré in einer offiziellen Rede öffentlich ihre Auffassung umzulügen wagt.

* * *

Paris, 4. Juni. In einem Bankett in der Präfektur von Chaumont ergriff Millerand das Wort. Seine Rede enthielt nichts, was nicht schon der französische Ministerpräsident in seinen vorangegangenen Reden in Straßburg und Metz erklärt hatte. Es waren die gleichen Aeußerungen über die Ruhraktion und die Reparationen, die keinerlei Nuancen erkennen ließen. Dies ist um so wichtiger hervorzuheben, als eine Reihe von Zeitungen mitgeteilt hatten, Millerand sei ein Gegner Poincarés. Es ist allerdings wahr, daß die Aeußerungen Millerands nicht über Allgemeinheiten hinausgingen und daß er kein Wort von der von ihm angeblich befürworteten deutsch-französischen Wirtschaftsallianz verlauten ließ. In seiner gestrigen Rede bestrebte sich Millerand, zu beweisen, daß Frankreich sich in seiner Geschichte immer nur von dem Bestreben habe leiten lassen, seine Grenzen zu sichern. Ebensowenig als es im Jahre 1870 oder 1914 Eroberungspläne verfolgte, so wenig verfolge es heute solche an der Ruhr. Die französisch-russische Allianz sei seinerzeit nur zu dem Zwecke abgeschlossen worden, um Frankreich gegen deutsche Angriffe zu sichern. Der Krieg habe bewiesen, daß die französische Diplomatie nicht vorausgegangen sei.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230604011/fragment/page=0001

Eine Antwort an die Gewerkschaften.

Die dem Reichsverband der deutschen Industrie durch Stinnes nahestehende „Deutsche Allgemeine Zeitung" äußert sich in einem Leitartikel zu dem Schreiben der Gewerkschaften, in dem diese das Gutachten des Reichsverbandes kritisierten. Es heißt da: Dieses Schreiben ist rein kritischen Inhalts, ohne daß irgendein positiver Leitgedanke sichtbar würde. Es liegt ihm aber auch, was schwerer wiegt, ein anderer Gesichtspunkt zugrunde als der, unter dem das Industriegutachten durchgedacht und abgefaßt worden ist. Das Industriegutachten ist ein Produktivitätsprogramm, in dem nicht nur gesagt wird, was die Industrie leisten kann, sondern in dem auch gesagt wird, wie sie es leisten kann. Das Schreiben der Gewerkschaften dagegen äußert sich zu dem, Wie überhaupt nicht, sondern rückt steuerpolitische und sozialistische Gesichtspunkte in den Vordergrund, ohne diese Forderungen in den Rahmen eines Reparationsprogramms und also doch Produktivitätsprogramms hineinzustellen. Das führt notgedrungen zu einem Aneinander-Vorbeireden. Wenn sich die Arbeiterschaft über die zukünftige Methode der Wirtschaftspolitik verständigen will, so wird das auf diese Weise nicht gelingen. An anderer Stelle heißt es: Das Steuerprogramm, über das sich das Schreiben mit einigen kurzen Worten äußert, enthält nichts, was nicht im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse liege, und es wird ein falscher Eindruck erweckt, wenn es mit einem Sonderanspruch gegen die Industrie eingeleitet wird. Denn es ist communis opinio, daß wir zu Goldsteuern auf der ganzen Linie kommen müssen, wenn wir überhaupt die Finanzen bessern wollen. Daß unser Steuersystem eines gründlichen Umbaues bedarf, wird kein Sachverständiger bestreiten. Aber selbst mit einem vollendeten Steuerprogramm werden nach keine Devisen zu Reparationsforderungen geschafft. Das muß von der Produktion und vom Export geleistet werden. Wir müssen unsere Wirtschaftspolitik so orientieren, daß dieser Exportsteigerung, die an sich zu ahnedies von niemand in irgendeinem Grade von Sicherheit vorauszusehen und berechnet werden kann, aus der inneren Wirtschaftspolitik heraus keine Schwierigkeiten erwachsen, und nicht nur das: Wir müssen auch zu einer Produktivität der Wirtschaft kommen, die nicht nur die Reparationsleistungen möglich macht, sondern auch eine solche Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft ermöglicht, durch die sie zur tatkräftigen und zuverlässigen Mitarbeit an den kommenden Aufgaben auf die Dauer allein gewonnen werden kann. Was haben die Gewerkschaften zu diesen Fragen zu sagen? Sie äußern sich sehr scharf zum Achtstundentag, aber sie können nicht angeben, wie denn eine Ausnützung der wirtschaftlichen Konjunkturen möglich sein soll, wenn schematisch an ihm festgehalten wird. Und nur um die Beseitigung des schematischen Durchführung des Achtstundentages handelt es sich.

Neue Gehaltsabmachungen.

Berlin, 4. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Heute nachmittag, um 2 Uhr, finden im Reichsfinanzministerium Verhandlungen zwischen den Spitzenorganisationen der staatlichen Arbeiterschaft und der Reichsregierung wegen der Festsetzung der neuen Löhne statt. Um 5 Uhr schließen sich Besprechungen mit der Beamten- und Angestelltenschaft an. Man hofft, mit Rücksicht auf die eingetretene Geldentwertung, rasch zu einer Einigung zu gelangen. Die Sätze werden im Falle einer Verständigung mit größter Beschleunigung ausgezahlt.

Die Erhöhung des Brotpreises.

Täglich je Kopf 225 Mark Mehrausgabe.

Halbamtlich wird mitgeteilt: Die Erhöhung des Markenbrotpreises allein bedeutet für den einzelnen Kopf eine tägliche Mehrausgabe von etwa 225 Mark. Hinsichtlich der Berücksichtigung der Brotpreis-Erhöhungen bei der Festsetzung der Löhne, Gehälter und sozialen Unterstützungen wird auf die bisherigen Bekanntmachungen der Reichsregierung verwiesen. Was die Erhöhung des Markenbrotpreises insbesondere anbetrifft, so ist in der Oeffentlichkeit dieser vom Verbraucherstandpunkt aus so unerwünschten Tatsache im allgemeinen die klare wirtschaftliche Einsicht entgegengebracht worden, daß es sich um eine durch die Entwicklung der Verhältnisse unvermeidlich gewordene Tatsache handelt. Die Abgabepreise der Reichsgetreidestelle waren fünf Monate lang nicht erhöht worden, um so die notwendige Befestigung der Mark auf einer bestimmten Höhe nicht zu gefährden. Dieser Zustand konnte, nachdem eine allgemeine Erhöhung der Löhne und Gehälter unvermeidlich geworden war, nicht beibehalten werden, wenn sich nicht die bisherigen Vorschüsse an die Reichsgetreidestelle aus den Reichsmitteln in völlig untragbare Beträge verwandeln sollten. Während dieser fünf Monate war der Preis für freies Inlandgetreide und Auslandsroggen auf das etwa Siebenfache, für Auslandsweizen sogar auf das Neunfache gestiegen. Die Bezahlung des Umlagegetreides, das etwa die Hälfte des Getreidebedarfs der Reichsgetreidestelle deckt, war demgegenüber zurückgeblieben, aber beim letzten Sechstel auch etwa verdreifacht. Die somit entstandenen Vorschüsse an die Reichsgetreidestelle konnten aus Gründen einer ordnungsmäßigen Reichsfinanzwirtschaft nicht mehr getragen werden. Aber auch grundsätzlich wollte von vornherein im laufenden Jahre nicht die Absicht, aus allgemeinen Reichsmitteln das Brot zu verbilligen, sondern es war umgekehrt von vornherein der Grundsatz aufgestellt werden, daß die Reichsgetreidestelle ohne Zuschüsse arbeiten müsse. Gleichwohl hat sich die Reichsregierung bei der Festsetzung des neuen Abgabepreises der Reichsgetreidestelle in möglichst engen Grenzen gehalten. Das geht schon daraus hervor, daß auch der neue Abgabenpreis bei dem Abgabepreis der Reichsgetreidestelle zurzeit nur etwa ⅔ des freien Marktpreises beträgt. Dieser Abgabepreis wird noch nicht genügen, um die Reichsvorschüsse an die Reichsgetreidestelle ganz abzudecken.

Zur Saarfrage.

Französischer Protest im englischen Außenamt.

(Eigene Drahtmeldung.)

Paris, 3. Juni.

Zur Saarfrage wird dem „Temps" aus London gemeldet: Der französische Botschafter in London wurde gestern von Lord Curzon empfangen, dem er die Antwort der französischen Regierung auf die englische Note in bezug auf die Saarfrage mündlich vortrug. Der französische Botschafter machte geltend, daß die Entsendung einer Untersuchungskommission durch den Völkerbund in das Saargebiet, wie sie die englische Regierung vorschlägt, in Widerspruch mit den Rechten stünde, die Frankreich durch den Versailler Vertrag erhielt. Der Botschafter erklärte gleichzeitig, daß die Verordnung vom 7. März, die von der Regierungskommission im Saargebiet erlassen wurde, nur eine vorläufige Maßnahme wäre. Da die Lage im Saargebiet sich inzwischen erheblich gebessert habe, sei kein Grund dafür vorhanden, diese Verordnung nicht zu ändern oder selbst gar zurückzuziehen. Die Frage wird wahrscheinlich bei der nächsten Zusammenkunft des Völkerbundes am 27. Juni zur Sprache kommen.

*

Frankreich zeigt sich, während es eine Einmischung Englands in der Saarfrage grundsätzlich ablehnt, scheinbar zu halbem Einlenken bereit. Nach den bisherigen Erfahrungen, die man mit der französischen Politik gemacht hat, ist das aber nur ein Manöver, um den Widerspruch des Alliierten verstummen zu machen. Selbst wenn die berüchtigte Verordnung vom 7. März zurückgezogen werden sollte, so hat Frankreich zweifellos schon neue Maßnahmen vorbereitet, um die deutsche Bevölkerung im Saargebiet zu knechten und zu quälen und sie ihr treues Festhalten am Deutschtum entgelten zu lassen.

Schießerei in einer Volksversammlung.

Sechs Personen verletzt, eine tot.

Nürnberg, 4. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Sonnabend abend fand in Feucht bei Nürnberg eine von den Sozialdemokraten einberufene Versammlung statt, in der der Reichstagsabgeordnete Vogel aus Fürth sprach. Zu dieser Versammlung erschienen auch Angehörige der Reichsflagge aus Feucht und Nürnberg. Es kam zu Reibereien zwischen den Versammlungsteilnehmern und jemand wurde die Landespolizei aus Nürnberg gerufen, die um 11 Uhr nachts eintraf. Da die Landespolizei mit Schüssen empfangen wurde, gab sie Feuer. Es entstand im Versammlungslokal ein regelrechtes Gefecht. Hierbei wurde der Nürnberger Josef Meier, ein Besitzer der Krankenkasse, erschossen. Ferner wurden fünf Versammlungsbesucher verletzt. Von der Polizei wurde ein Mann verletzt.

62 Eisenbahnunfälle im Mai.

Französische Fahrtunlust.

Trier, 4. Juni. (Eig. Drahtmeldung.) Die „Fahrtunlust" der französisch-belgischen Regie wird bekanntlich durch folgende Zusammenstellung der bekanntgewordenen Eisenbahnunfälle. Danach sind entgleist im Monat Mai: 17 Kohlenzüge, 15 Personenzüge, darunter 3 Sonderzüge und ein Militärzug, 6 Leerzüge und 2 Lokomotiven; außerdem sind 5 Lokomotiven explodiert. Der Regiebetrieb hat im Monat Mai nach den bei deutschen Stellen vorliegenden Nachrichten im ganzen wenigstens 62 Unfälle zu verzeichnen gehabt.

*

Bei Troisdorf flog am Freitagnachmittag die Lokomotive eines von Franzosen geführten Zuges in die Luft. Vom Zugpersonal wurde ein Mann getötet, einer schwer verletzt. Das Bahngleis wurde etwa 150 Meter weit aufgerissen, Telegraphen- und Fernsprechleitungen sind zerstört. Dieser Zugschluß, Signale und andere Orte in der Nähe der Unfallstelle wurde der Belagerungszustand verhängt. Die französisch-belgischen Militärbehörden in den besetzten Gebieten haben angeordnet, zur Erleichterung der Ueberwachung der Eisenbahnen sämtliche unmittelbar an den Besitzungen gelegenen Wohnungen des besetzten Gebietes abzuholzen. Bei Kalkum soll damit der Anfang gemacht werden.

Der Kölner Streik abgeblasen. Die Organisationen der Staats- und Gemeindearbeiter, freie und christliche, haben am Sonntag in einer öffentlichen Sitzung mit 257 gegen 80 Stimmen die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Die Sitzung ging bekanntlich von den kommunistischen Betriebsräten aus.

Fortführung der Marktstützung?

Gesteigerte Produktion ist nötig.

Die Untersuchungen des Reichstagsausschusses über die Schuld an dem Marksturz der letzten Wochen haben wohl einige äußere Erscheinungen aufgedeckt, die eigentlichen Ursachen für den Markverfall jedoch nicht in der erforderlichen Klarheit hervorgehoben. Da diese für die Beurteilung der künftigen Aussichten der Mark wesentlich sind, sei auf sie im folgenden hingewiesen, wobei jedoch außen- und innerpolitische Erwägungen wegen der Unsicherheit ihrer Beurteilung ausgeschlossen bleiben sollen. Wesentlich ist zunächst, daß die Nachfrage nach Devisen so lange stärker sein muß als das Angebot, wie die Einfuhr die Ausfuhr übersteigt. Der Markkurs kann nicht gehalten werden, wenn die Einfuhr mehr Devisen verzehrt, als die Ausfuhr hereinbringt, zumal nicht in den Zeiten wie den jetzigen, in denen die französische Ruhraktion besonders starken Bedarf an Kohlen, Eisen, Getreide usw. notwendig macht. Der daraus sich ergebende Devisenbedarf läßt sich wohl für einige Zeit künstlich zurückdämmen, ein Vorgang, aus dem der Eindruck einer Markstabilisierung entsteht; die Nachfrage muß jedoch dann stärker als je in Erscheinung treten, wenn sich herausstellt, daß die Einfuhrgüter bezahlt werden müssen mit dauernder Uebertragung von deutschen Sachwerten an das Ausland, ein Prozeß, der eine innere Markentwertung erzeugt und damit die Vorbedingung für ein Fortschreiten der äußeren Entwertung schafft.

Mit diesem Grund für das Mißlingen der Markstützungsaktion ist ein anderer verbunden, nämlich der, daß die Besserungen der Markfassung sich nicht gründeten auf eine innere Stärkung der Mark, die z. B. in gesteigerter Produktion sich dargestellt hätte. Anstatt ein großzügiges Produktionsprogramm in Angriff zu nehmen, führte man einen Notenruck größten Umfanges ein, ohne zum Ausgleich Mehrwerte zu erzeugen. Daraus entstand dieselbe Verbrauchswirtschaft wie in der Kriegszeit, die genau wie damals zu einer fortschreitenden Verarmung und Kapitalnot und damit auch zur Markentwertung führen mußte. Währungsstabilisierungen können sich nur durchsetzen, wenn sie der Widerschein einer gesteigerten wirtschaftlichen Kraft eines Landes sind; künstliche Kursbefestigungen können nur von vorübergehender Dauer sein; sie sind nichts anderes als Verschiebungen im inländischen Devisenbesitz, schaffen aber niemals den allein ausschlaggebenden neuen Zuwachs an Devisen. Diese wirtschaftliche Binsenwahrheit wurde im Ausland, das in maßgebenden Kreisen über unsere wirtschaftlichen Verhältnisse viel besser orientiert ist, als es im allgemeinen wahr haben will, viel eher erkannt als im Inland, ein Umstand, dem — neben den von Frankreich ausgegangenen Angriffen auf die Mark — in erster Linie die Markverschlechterung zuzuschreiben ist, die bekanntlich im Ausland ihren Anfang genommen hat. Verschlimmert wurden diese Verhältnisse noch durch das Schwinden des Glaubens an die Mark, das einsetzte, als offensichtlich wurde, daß die Reichsbank ihre feierliche Erklärung, die Aktion der Markstabilisierung fortsetzen zu können, nicht erfüllen konnte, zumal sie zu lange an Devisenkursen festhielt, die der fortgeschrittenen inneren Markentwertung nicht mehr entsprachen.

Der legale Devisenbedarf, der auf Einlösung des Versprechens der Reichsbank rechnete, wurde schwer geschädigt, während die Markpessimisten gewannen. Daß nach einer solchen Lehre das Vertrauen auf ähnliche Erklärungen nicht mehr stark sein kann, dürfte klar sein. Die Devisenverordnung konnte diesen Einflüssen gegenüber nicht viel ausrichten. Sie hat vielmehr indirekt sogar zu einer weiteren Verschlechterung der Mark beigetragen, da sie weitere Kreise zum Ankauf von Dollarschatzanweisungen veranlaßte, die dadurch über die Dollarparität getrieben wurden und somit der Markverschlechterung neue Wege bahnten. Das finanztechnische Experiment der Markstützungsaktion mußte mißlingen, weil keine wirtschaftlichen Voraussetzungen fehlten. Auch die Wahl einer anderen Methode wird keinen Erfolg haben, da auch auf diese Weise nicht die Bereitstellung eines für den legalen Bedarf ausreichenden Devisenbetrages erzielt wird. Der Fehler ist, daß Fragen wirtschaftlicher Art immer hinter denjenigen finanztechnischer Art zurückgesetzt werden.

Lebendes Vieh aus Südwestafrika. Mit dem Dampfer „Urundi" der Deutschen Ostafrika-Linie sind in diesen Tagen 200 lebende Schlachtochsen aus Südwestafrika, größtenteils von deutschen Farmern gezüchtet, eingetroffen und mit der Eisenbahn nach dem deutschen Binnenlande geschafft worden. Es ist dies schon die dritte Sendung lebenden Schlachtviehes aus Südwestafrika. Alle Ochsentransporte hatten die lange Seereise gut überstanden. Die Tiere befanden sich in vorzüglicher Verfassung. Die Einfuhr lebenden Schlachtviehs ist nicht nur im Sinne einer Besserung der deutschen Volksernährung zu begrüßen, sondern bedeutet auch für die deutschen Farmer in Südwestafrika einen nicht unwesentlichen wirtschaftlichen Vorteil.

Die Welt aus der D-Zugperspektive

Fahrten durch das Hessenland, I.

Blühende Wunderwelt. — Der Sänger mit den drei Frauen. — Der D-Zug als Kindermieze. — Oma, Ma und Pa. — Die Nacht in Bad Nauheim.

Bad Nauheim, am 1. Juni 1923.

„Obacht gäbe, ihr Leit!" schmetterl die Feldwebelstimme des bayrischen Schaffners den Zug entlang. Türen knallen ins Schloß. Der Gewaltige mit der roten Mütze hebt den Feldherrnstab; und mit majestätischem Grollen trollt sich der Zug aus der verrußten Bahnhofshalle der Salz- und Saalestadt.

Hinaus in den blauenden Mainachmittag.

Gerade noch, daß ich den Koffer in das Gepäcknetz, mich selber in die einzige freie Ecke des ganzen Zuges und einen letzten Blick auf den korpulenten Herrn werfen kann, der mit offenen Augen und offenem Munde dem galloppierenden Eisenroß nachsaust.

Das ist immer so: der eine erwischt das Glück noch am letzten Zipfel, ganz unverdientermaßen; der andere greift in die Luft, wenn unverdientermaßen. Kommt man pünktlich, dann hat der Zug gewöhnlich viel Zeit; verabläumt man zwei Augenblicke, dann ist er sicher einen Augenblick zuvor abgedampft.

Diesmal also erwischte ich das Glück noch am flatternden Ende, ausnahmsweise.

Und das ist Grund genug zum Lachen; zumal auch der Mittag sein freudenpralles Sonnengesicht aufgesetzt hat. Er läßt seine Strahlen leuchten über Getreide und Ungereutes; über Aecker und Wiesen, über Schlafendhalten und blaue Nähen, herum am Horizont. Solch ein D-Zug ist doch eine bequeme Erfindung, viel bequemer als etwa das Flugzeug. Nicht bloß, daß er keine Luftlöcher braucht, in die der Kasten absackt, oder daß er viel solidere Unterlagen hat als solch ein Zappelding zwischen Himmel und Erde, nein, man braucht sich durchaus nicht wie im Flugzeug den Kopf zu zerbrechen über ein Gewitter von Bagnlinien, oder verirrte Stratosphärenzeppelinen, oder sonderliche Figuren von Waldstäuden, von denen eins so grün aussieht wie das andere, man braucht den „Emil", den Führer, nicht dauernd am Rockkragen zu ziehen, auf daß er nicht an Kirchtürme anstoße. Das alles hat der Auswanderer im D-Zug nicht nötig. Er kümmert sich nicht um Windrichtung und Windgeschwindigkeit.

Er sitzt im behaglichen Ea und hängt seinen Gedanken nach: ob es nicht doch ein stolzeres und kühneres Tun war, Führer zu sein, als der Gefährte, ob nicht das Herz höher und wilder schlug, als der Motor im Aeroplan knatterte, Benzingeruch aufströmte und der Propeller in sirrendem Wirbel die Luft peitschte? Aber der D-Zug-Fahrer lernt warten; er kann sich nicht der Fahrt entgegenstemmen; er würde zermalmt werden. Aber er kennt sein Ziel. Bewahrt es fest und stark im Herzen und harrt der Stunde, die kommt.

Derweilen begnügt er sich mit dem, was ist. Hält Ausschau nach dem, was draußen vorüberweht. Die Schlackenhalden von Eisleben und Wimmelburg sind längst vorüber, der Harz jauchzt auf in der Maienfrische seiner Vorberge. Der Kyffhäuser reckt sich aus der Goldenen Aue, Rapsfelder werfen ihr lebendiges Gelb in das gesättigte Grün der Fluren, das sich weit hinausspannt bis zu den sachsenden Gründen des Harzwaldes. Sommerjonne spannt ihre ganze Goldmacht über die Aue. „Was dir an Freuden verfolgen hinter dem dunklen Tor, immer noch ungenossen stehen die neue bevor!" In die blühende Wunderwelt von Grün und Gold, die sich immer erneut, schauen Dächer ihr freches Zinnoberrot; und dem losgelösten Blick erscheinen gar sonderbarlich die Steinhaufen, in denen der Zweifüßler Mensch sich absperrt vom Strömen der Naturgewalten.

Oder der D-Zug-Fahrer tut ein drittes, er heftet Sherlock-Holmes-Blicke auf seine Hastgenossen; er durchbohrt gestärkte Hemdbrüste sowohl als seidene Blusen (an denen oft nicht viel zu durchbahren ist). Er prüft auf Herz und Nieren und stellt die Diagnose: auf echte oder unechte Brillanten, auf echte oder unechte Paare. Mitunter kommt ihm das Schicksal entgegen: es enthüllt sich ohne Zwang. So wenn ein berühmter Mann, dem man den Tenor bei dem geistreichsten Gesicht ansieht, auf einer Gastspielreise begriffen ist und seine drei Frauen in zärtlichen Nuancen seinen Vornamen flüstern. Drei Frauen? Natürlich drei weibliche Begleiterinnen, von denen eine seine mütterlich besorgte Schwester, die andere — weil sie sehr launisch ist — seine Frau und die dritte etwa seine Kammerzofe sein kann, da sie am bescheidensten scheint, aus Liebe zur Kunst vermutlich. Die Brillanten blitzen wie die nach Kulissenstaub riechenden Gesprächsbrocken. Als gefeierter Tenor sein Inkognito zu wahren ist schwer; noch schwerer aber dürfte es sein, drei Frauen unter einen Hut zu bringen, und wenn es schon ein breitrandiger Künstlerhut ist.

Man sollte D-Zug-Wagen mit Einzelkabinen bauen.

Vor dem roten Backsteingebäude des Kasseler Bahnhofes nimmt der Hamburg-Frankfurter D-Zug die Labung auf. Alles rennt, rettet, flüchtet vor dem — Stehplatz. Die Reichseisenbahndirektion kann zur Hebung des Verkehrs nichts Besseres tun als die Preise zu erhöhen. Mit der entsprechenden Ankündigungszeit. Dann fährt alles „zum letzten Male". Heuschreckenschwärme sind einsame Wüstenheftige gegen den Ansturm der Reisenden, die sich vor ihrem Ende noch einmal dem Dampfroß anvertrauen.

Und wenn sie Kind und Kegel mitnehmen sollen, gefahren muß werden. Aus einem Abteil der zweiten Klasse dringt der Geruch eines Säuglingsheims. Auf dem Ledersolster breiten sich weiße Windeln, die „Bubi" gehören. Bubi schreit; er kann das, denn er ist erst neun Monate alt. Und in diesem gesegneten Alter darf man manches tun, was nachher nicht mehr erlaubt ist. Bubi macht von dieser Erlaubnis gezimend Gebrauch. Er ist von Hamburg nach Konstanz unterwegs. Das sind so rund 24 Stunden. Daß Bubi nicht alle Geschirre mit sich führen kann, ist verständlich. Er hilft sich auch so. Die Oma sitzt daneben und seufzt ihm Beistand. Oma ist noch sehr jugendlich und im Brustausschnitt etwas offenherzig. Ma sitzt gegenüber, zählt kaum zwanzig Lenze und zählt ferner Sprüche auf. Auf daß Bubi schlafe. Der kleine rosige Körper wird trotz des Polsters hin- und hergeschüttelt. Schiermündchen stößt nervöse Schreie aus. Angstvoll starren die Augen Ma und Oma an: Was habt ihr mir getan! Endlich fallen vor Erschöpfung die Augen zu. Nun liegt das Häuflein in der Ecke und schläft; und wenn der Zug tudt, dann zuckt der kleine Körper zusammen. Ma und Oma beraten ein Telegramm an Pa. „Bubi hat sich entzückend betragen; schöne Reise" und so. Bubi ist zwar erst 9 Monate, Aber die Schwiegerma mußte sich doch noch einmal sehen, da das Fahrgeld erhöht würde! „Bubi ist so artig!" sagt Ma. „Unberufen, tau, tau, tau!" sagt Oma und klopft mit dem Knöchel auf das hochgeklappte Fensterbrett, das in trauter Gemeinschaft einen angenagten Hühnerschenkel, eine halbe Flasche Tokayer und eine Büchse Pasenol-Puder trägt.

Geruch von saurer Milch und Säuglingswäsche sind Dinge, die auch der freudvollst begonnenen Reise ein Ende wünschenswert erscheinen lassen. Zumal die jugendliche Oma von 40 Jahren noch die Geschichte ihrer Wanderniere berichtet. „Eiweiß 20 pro Mille; denken Sie. Vor 10 Jahren schon sagte der Arzt: Wenn Sie so weitermachen, sind Sie bald alle." Vor 10 Jahren . . .

Der Abend dämmert herauf. Marburg windet einen Kranz von Lichtern um den Berg. Immer blauer, immer seidiger wird der Abend, und wie der Zug in Bad Nauheim hält und der Blick von der Terrasse des Bahnhofs die Allee des Städtchens hinunterschweift, weiße Bänke sieht, promenierende Mädchen in Sommerkleidern und gerubsame ältere Paare auf den Veranden und in den Vorgärten, da ist es, als wäre eine südliche Nacht in Meerane oder Bozen eingebrochen.

Mitternacht ist es; und noch wird es das Auge nicht müde, die Schönheiten einzutrinken, die die Gärten der Stadt, die kostbaren Bad- und Brunnenanlagen, die gotischen Türme der Dankeskirche und der ragende Johannisberg mit zwei einsamen Lichtern in der blaufeidenen Mondnacht enthüllen.

Fritz Rosberg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230604011/fragment/page=0002